

Budapester Gespräche: Europas innere und äußere „Grenzen“ *Grenzbetrachtungen aus deutscher und ungarischer Sicht*

Expertengespräch an der Andrassy Universität Budapest am 18. Oktober 2012

In Zusammenarbeit mit dem Europa-Kolleg Hamburg, der Wirtschaftshochschule Budapest (BGF) und der Andrassy Universität Budapest (AUB) organisierte die Konrad-Adenauer-Stiftung in Zusammenarbeit mit der Siemens-Stiftung die Expertenrunde im Rahmen der Veranstaltungsreihe der „Budapester Gespräche“ zum Thema „Europas innere und äußere Grenzen: Grenzbetrachtungen aus deutscher und ungarischer Sicht“ im Spiegelsaal der Andrassy Universität Budapest.

Der Leiter des Auslandsbüros Ungarn der Konrad-Adenauer-Stiftung, Frank Spengler, eröffnete die nunmehr 12. Budapester Gespräche und leitete das Thema unter Betrachtung historischer und aktueller europäischer Probleme und die dadurch entstehenden Grenzen ein. Besondere Aufmerksamkeit schenkte er dabei der ungarischen und deutschen gemeinsamen „Grenzgeschichte“. Prof. Dr. Wolf Schäfer vom Europa-Kolleg Hamburg versuchte im Anschluss daran, dem Gebilde der „Grenzen“ im Bezug auf die Europäische Union näher zu kommen: Wo und wie könne man diese in der EU ziehen und ist eine Definition überhaupt möglich, da schon diese Definition eine „Abgrenzung“ bedeuten würde?

Im ersten Teil des Gesprächs stand die „Grenze der EU als Wirtschafts- und Währungsunion“ im Vordergrund: Prof. Dr. Rolf Hasse vom Fraunhofer-Zentrum für Mittel- und Osteuropa in Leipzig formulierte in Bezug auf die derzeitige EU-Krisenpolitik seine Gedanken zu „Sollbruchstellen des Übergangs zu einer diskretionären Gestaltung der Wirtschafts- und Währungsunion“. Dabei ging er vor allem der Frage nach, ob die aktuelle Krise der Wirtschafts- und Währungsunion die theoretischen Fundamente der Ökonomie völlig zerstört habe und es dadurch zu einer gänzlich neue institutionellen Ordnung kommen würde, oder ob diese lediglich erschüttert wurden, sich aber langfristig durchsetzen würden. Sollbruchstellen sind seiner Ansicht nach unter anderem die Inkompatibilität der Instrumente im

Integrationsraum, die Blauäugigkeit und Untätigkeit der Europäischen Kommission gegenüber der Haushaltspolitik der Mitgliedstaaten sowie eine mangelnde Kosten-Nutzen-Analyse in Bezug auf politische Entscheidungen. Hier nannte er vor allem die strikte Politik in der Wirtschafts- und Währungsunion, Griechenland nicht fallen zu lassen, als Negativbeispiel. Seine Ausführungen gaben Anlass zu einer ausführlichen Debatte über den Lerneffekt aus der Krise bzw. auch über das Problem der Haftbarkeit bei und dem Eingeständnis von Fehlern bei der Krisenbewältigung.

Grenzen und „Clubs“ in Europa erläuterte Prof. Dr. Wolf Schäfer aufgrund der „Clubtheorie“: Nationalstaaten, die EU, der Binnenmarkt, die Eurozone, Schengen und weitere Zusammenschlüsse in Europa bilden eine Vielzahl von „Clubs“, die sich überlappen und miteinander konkurrieren. Die einzelnen Clubs produzieren „Clubgüter“, die ausschließlich den Clubmitgliedern zur Verfügung stehen und die Pro-Kopf-Kosten der Erstellung dieser Güter mit steigender Mitgliederzahl senken. Bei der Fragen der Begrenzung und der Aufgabe dieser Clubs innerhalb Europas stellt sich dabei immer auch das Problem der optimalen Clubgröße und deren Kriterien bzw. die Frage nach den Skalenerträgen und Heterogenitätskosten einer Clubmitgliedschaft: Sind z.B. die Türkei, Kroatien, die Ukraine oder Georgien „EU-clubfähig“ und damit „EU-Grenzen-relevant“? Warum ist z.B. Griechenland „Clubgrenzen-relevant“, aber kriterienwidrig in den Euro-Club aufgenommen worden, trotz der Tatsache, dass damit die marginalen Heterogenitätskosten die Skalenerträge weit überschreiten? Mit Hilfe der Clubtheorie lasse sich auch die gegenwärtige Entscheidung Ungarns, nicht den Beitritt zu Eurozone anzustreben, erklären: Das Clubgut „gemeinsame Währung“ habe an Attraktivität verloren.

Die Grenzen und Möglichkeiten bzw. die Vor- und Nachteile einer EWWU-Mitgliedschaft sprachen Dr. Katalin Nagy von der Kopint Stiftung für Konjunkturforschung in Budapest und Dr. Balázs Ferkelt von der Wirtschaftshochschule Budapest an. Ausgangsthese dabei sei, dass die Schuldenkrise die Vor- und Nachteile eines Beitritts der mittel- und osteuropäischen Staaten zur Wirtschafts- und Währungsunion in einen neuen Blickwinkel gestellt habe: Die gegenwärtigen Institutionen reichten aber nicht aus, eine Stabilität des Euroraumes

zu gewährleisten. Die mittel- und osteuropäischen Staaten wären zu einer Einführung des Euros bereit, wären dazu aber gezwungen, ihre bisherige Strategie neu zu formulieren. Chancen eines Beitritts der fehlenden mittel- und osteuropäischen Staaten wären eine Stabilität der Wechselkurse, ein niedriges Zinsniveau, der Zwang zu mehr Haushaltsdisziplin und dem Vorhandensein eines Rettungsschirms im Falle einer Notlage. Konsequenzen wären aber auch die Besteuerungspflicht zu den Rettungsfonds, eine verstärkte Inflationsgefahr, die Aufgabe der souveränen Geldpolitik sowie die manchmal leidvollen Folgen eines unvollkommenen Stabilitätsmechanismus. Die Heterogenität der Eurozone würde mit einer Erweiterung um die mittel- und osteuropäischen Staaten eindeutig zunehmen und gleichzeitig würde sich die Wahrscheinlichkeit weiterer asymmetrischer Schocks erhöhen. Auch wenn sich die Eurozone im Moment in einer Phase der Umwandlung befindet, würden strukturelle Probleme, die inneren und äußeren Ungleichgewichte und eine bisher fehlende Nachhaltigkeit der Fiskalpolitik der einzelnen mittel- und osteuropäischen Länder einen Beitritt zur Eurozone verhindern. Ebenso sei die Mehrzahl der Staaten noch nicht zu einer Aufgabe der souveränen Geldpolitik bereit bzw. ausreichend vorbereitet.

Prof. Dr. Michael Bräuninger vom Hamburgischen WeltWirtschaftsinstitut (HWWI) betrachtete die Grenzen einer Fiskalunion und die notwendigen Schritte, die über eine Harmonisierung hinaus zu einer gemeinsamen Politik gehen müssten: Dazu zähle auch eine gemeinsame Arbeitslosenversicherung sowie eine gemeinsame Politik im Bereich der Infrastruktur und Verteidigung. Anschließend erläuterte Dr. Tamás Szemlér von der Wirtschaftshochschule Budapest die Grenze der europäischen Reaktionsfähigkeit im Bezug auf den EU-Haushalt 2014-2020 und dass dieser trotz der „Europa 2020 – Strategie“ immer noch zu ambitionlos sei.

Die Grenzen und die Zukunft der Kohäsionspolitik aus deutscher und ungarischer Sicht erläuterte Dr. Endre Domonkos von der Wirtschaftshochschule Budapest: In seinem Vortrag veranschaulichte er die stark gestiegenen Entwicklungsunterschiede in der EU seit der östlichen Erweiterung und prognostizierte auch weiterhin einen nur langsamen Aufholprozess in Ostdeutschland und Ungarn, bis überhaupt das

durchschnittliche europäische Niveau erreicht sei. Dr. Konrad Lammers vom Europa-Kolleg Hamburg kommentierte und ergänzte diesen Vortrag und wies auf die Probleme der Kalkulation der Ausgaben für die Kohäsionspolitik hin, da die Berechnungen auf Makromodellen beruhen würden: Der angenommene Anstieg des BIPs bis 2020 in der EU beruhe demnach auf Berechnungen, die in einem Zeitraum vor der derzeitigen Krise durchgeführt wurden. Gleichzeitig stellte er ebenfalls die These auf, dass es einen direkten Zusammenhang zwischen der Regionalpolitik und der aktuellen Krise gäbe, diese aber auch zur Überwindung der Fiskalkrise beitragen könne.

Die Vorträge der Experten lieferten den Teilnehmern die Grundlage, um über die Ausgestaltung der Wirtschafts- und Währungsunion, die Vor- und Nachteile eines Beitritts von mittel- und osteuropäischen Staaten wie z.B. Ungarn, aber auch über die Grenzen einer Fiskalunion im Plenum zu diskutieren.

(Patrick Burmeier)